

Schmidt-Eenboom, Erich (2017): Egomanen an der Macht. Was Putin, Erdogan und Trump verbindet und auf welche Nationalismen sie ihren Aufstieg stützten.

[Vortrag, gehalten bei der Herbsttagung von AWC Deutschland e.V. in Überlingen, 11.11.2017]

Wer regelmäßig dienstags zur Primetime das Fernsehmagazin „ZDFzeit“ einschaltet, der konnte in den vergangenen Jahren die Reportagen „Mensch Putin“, „Mensch Erdogan“ und in dieser Woche „Mensch Trump“ sehen. Ich will mich in diesem Essay mit genau diesen drei (Un-?)Menschen, ihren Machtzirkeln und ihrer Basis in der Bevölkerung beschäftigen.

In diesen „Käfig voller Narren“ würden unter anderen wohl auch Viktor Orbán, Ministerpräsident in Ungarn, Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der Regierungspartei PiS in Polen und neuerdings der unter Betrugsverdacht stehende Milliardär und Regierungschef Andrej Babiš in der Tschechischen Republik passen. Meine Wahl fiel jedoch auf die Psychogramme dieser drei Protagonisten, weil sie zu den deutlich weltbewegenderen Politikern gehören und zugleich drei unterschiedliche Regierungsformen repräsentieren: Die Pseudo-Demokratie in der Russischen Föderation, die suspendierte Demokratie in der Türkei und die parlamentarische Demokratie in den Vereinigten Staaten.

Was sich in der gebotenen Kürze über die drei ausgewählten Herren und ihr Umfeld sagen lässt, will ich in sieben Punkte fassen.

1. Die Beschwörung der Vergangenheit und die proklamierte Renaissance

Vielfach hörte man in politischen Kommentaren, Putin ginge es darum, die glorreiche Sowjetunion wiederzubeleben. Doch die Dinge sind komplizierter. Seit der Jahrtausendwende gibt es einen Wechsel in der Beurteilung des Stalinismus. Vor zehn Jahren gaben noch 72 % der Russen an, der stalinistische Terror sei ein Verbrechen gewesen, im April 2017 waren es nur noch 39 Prozent. Ausgelöst ist dieser Gesinnungswandel auch durch die Bildungspolitik, die diese Verbrechen gegen den Sieg im Zweiten Weltkrieg und die Industrialisierung unter Stalin aufrechnet. Putin wählt den Mittelweg: Einerseits verurteilt er stalinistische Verbrechen, andererseits relativiert er sie.

Schwierigkeiten macht ihm dabei dieser Tage zum 100sten Jahrestag der Oktoberrevolution der Umgang mit der Gründungsgeschichte der Sowjetunion. Da steht er vor einer Gratwanderung, wohl wissend, dass sein System kaum durch demokratische Wahlen gefährdet ist, möglicherweise aber durch revolutionäre Umbrüche.

Dass es ihm nicht um die Verherrlichung des kommunistischen Erbes geht, sondern um die geopolitische Machtprojektion des Zarisismus, wird auch durch die enge Beziehung, Hofierung und Begünstigung der orthodoxen Kirche deutlich. Als KGB-Offizier gewiss kein bekennender Christ, setzt er als Staatsmann auf die religiöse Karte und besucht öffentlichkeitswirksam Klosterinseln.

Lange sah er sich am Katzentisch der Weltpolitik. Seine Strategie, Russland in den Kreis der angesehenen Mächte zurückzuführen, war in den Augen der russischen Bevölkerung durchaus erfolgreich. 2006 war die RF Ausrichter des G-8-Gipfeltreffens, für 2014 konnte er die Olympischen Spiele nach Sotschi holen und 2018 wird die Fußball-WM in Russland ausgetragen.

Erdogans 2011 proklamiertes Ziel lautet, die Türkei bis 2023 zur islamischen Republik umbauen und die kemalistische Trennung von Staat und Religion beseitigen. Die Bezugsdaten für das Jahr 2013 zeigen, vor welchem Geschichts(Vor-)bild er dabei ausgeht: 2023 ist der 1.000. Jahrestag der Einnahme Anatoliens durch die Seldschuken, der 600. Jahrestag der Eroberung Istanbuls durch die Osmanen und der 100. Jahrestag der Gründung der islamischen Türkischen Republik.

Zugleich versprach er, sein Land bis dahin unter den zehn führenden Industrienationen zu platzieren. Die Beitrittsverhandlungen zur EU waren dazu nur ein Vehikel. Die Unvereinbarkeit seiner Staatsziele mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, war ihm von vornherein bewusst. Was der BND früh erkannte, ist nun auch auf dem Berliner Parkett Stand der Dinge, bislang jedoch ohne Konsequenzen.

Es geht nurmehr darum, wer wem für das Scheitern den Schwarzen Peter zuschiebt. Alle Provokationen Erdogans vom Verweigern des Besuchs von Bundestagsabgeordneten auf dem Fliegerhorst Incirlik über die angedrohte Wiedereinführung der Todesstrafe bis hin zu dem verstrichenen Ultimatum für eine Erweiterung der Beitrittsgespräche dienen nur dazu, Berlin zu einer harschen Reaktion zu ver-

leiten. Dazu zählen auch wiederkehrende Faschismusvorwürfe bis hin zum Vorwurf an Merkel: Du unterstützt Terroristen. Dass der türkische Despot bewusst die Unwahrheit sagt und damit seine Anhänger in Deutschland und in der Türkei aufwiegelt, belegt eine Statistik der Bundesregierung. Demnach gab es im Zeitraum 2004 bis 2014 4.400 Strafverfahren gegen PKK-Aktivisten - wegen Erpressung, Körperverletzung, Waffenhandels und Landfriedensbruchs. Mehr als 100 Delinquenten erhielten Gefängnisstrafen. In drei Fällen wurden Kurden ausgeliefert, die in der Türkei unter Mordanklage standen. Zurückrudern musste Erdogan bei dem Vorwurf an 700 deutsche Unternehmen - darunter DAIMLER und BASF - sie seien Terrorunterstützer. Die diesbezügliche an das BKA geschickte Liste sei ein Irrtum.

Als hemdsärmelig und cholertisch charakterisierte eine US-amerikanische Geheimdienststudie den türkischen Staatschef im Mai 2016. Das bestätigte sich aus amerikanischer Sicht, als Erdogan den Director of Central Intelligence James C. Clapper bei dessen Besuch bei einer türkischen Spezialeinheit Ende Juli 2016 angefahren hatte: Wer bist Du eigentlich?! Doch Erdogan ist nicht unbeherrscht. Seine cholertischen Ausbrüche sind ebenso kalkuliert wie die Inszenierung als pater familias, der telegen mit seinen Enkeln spielt.

Erster großer Schritt zur Islamischen Republik war das Verfassungsreferendum mit unübersehbaren Wahlfälschungen, das er am 16. April 2016 knapp gewann. Diese Abstimmung hat den Weg freigelegt für eine auf Erdogan zugeschnittene Präsidialdiktatur, auf die er auch durch ein Regieren mit Dekreten und der Beibehaltung des Ausnahmezustands zusteuert. Im Vorfeld des Referendums gab es massive Repressionen gegen die Opposition, legitimiert durch den Putschversuch vom Juli 2016. 200 kurdische Abgeordnete wurden verhaftet und allein dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kurdenpartei HDP drohen 500 Jahre Haft.

BND-Präsident Bruno Kahl hatte im *Spiegel*-Interview geäußert, der der Gülen-Bewegung in die Schuhe geschobene Putsch sei nur ein Vorwand gewesen, um jedwede Opposition mundtot zu machen. Ein größerer Nachrichtendienst sieht das anders: „In der US Intelligence Community skizzierte man einen Pseudo-Putschversuch am 15./16.07.2016, mit dem ein originaler Putsch bestimmter Teile des Militärs ein für allemal prophylaktisch aus den Bedrohungsszenarien der Präsidentschaft Erdogan gestrichen werden sollte ... Mit dem

Pseudo-Putsch bremste Erdogan den parlamentarischen Kontrahenten der AKP, Kemal Kilicdaroglu von der oppositionellen CHP aus“, heißt es in einem Bericht deutscher Sicherheitsbehörden. Auch eine Studie exilierter türkischer Offiziere und Diplomaten kam im Juli 2017 eindeutig zu dem Ergebnis, dass Erdogan den Putschversuch jederzeit und überall unter Kontrolle hatte. Die Legende vom Putsch ist eine wenig fromme Lüge, die den türkischen Terror im In- und Ausland legitimieren soll.

Das Trauma der verlorenen Großmachtstellung des Osmanischen Reichs sitzt tief und ist zugleich Antrieb für geopolitische Machtambitionen, die die Türkei wieder zu einer eurasischen Großmacht machen wollen. Erdogans Politik des sogenannten Neo-Osmanismus führt dazu, dass er die Einflusspolitik in den Nachbarstaaten der Türkei forciert. Ankara hat eine solche Einflusspolitik - und das nicht nur in den unmittelbaren Nachbarstaaten - immer betrieben. Das hat auch unter dem kemalistischen MIT stattgefunden, wird nun aber von Erdogan massiv forciert - übrigens mit einem ganz neuen Bedrohungscharakter: Erdogan hat mehrfach erklärt, die Türkei dürfe nicht in den derzeitigen Grenzen eingesperrt bleiben, woraufhin in der AKP-nahen türkischen Presse Landkarten abgebildet wurden, auf denen Teile Bulgariens und Nordgriechenlands, in denen es starke türkischsprachige Minderheiten gibt, dem türkischen Staatsgebiet zugeschlagen wurden, ebenso wie Teile des Nordirak. Ein Waffenfund in einer Moschee in Nordgriechenland Anfang 2017 macht deutlich, dass es sich nicht nur um leere Drohungen handelt. Zu Erdogans außenpolitischen Zielsetzungen gehört auch, die Türkei zu einem Modell für die von der gescheiterten Arabellion betroffenen arabischen Staaten zu machen, und er scheut dabei die Zusammenarbeit mit den radikal-islamischen Muslimbrüdern nicht.

Trumps gebetsmühlenartig vorgetragene Parolen lauten „Make America great again“ und „America first“. Wo sich ein großer Teil der Amerikaner kleiner als früher fühlt und auf sein Mantra anspringt, ist evident.

Die USA sind immer noch die stärkste Militärmacht der Welt. Die militärischen Anfangserfolge im Anti-Terrorkrieg in Afghanistan, im Irak oder gegen Libyen sind jedoch verpufft. Die militärische und vor allem die politische Lage ist schlimmer als zuvor. Es gibt keine glaubwürdige Option militärischer oder politischer Natur, um die

Dinge zu bessern. Die Terrorangst ist nach 9/11 längst nicht überwunden.

Die USA sind immer noch die stärkste Volkswirtschaft der Welt. Aber ein Großteil der amerikanischen Bevölkerung ist von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Das betrifft sowohl die Landbevölkerung, als auch eine in den Großstädten beschäftigungslos gewordene Industriearbeiterschaft.

Da die Vereinigten Staaten kein substantielles Sozialsystem haben, führen die Verarmung, Bedrohungsängste und die geschürte Schuldzuweisung an westliche Wirtschaftspartner, sich einseitige Vorteile zu verschaffen, zu einer Radikalisierung der Globalisierungsverlierer.

Für Rechtspopulisten wie Donald Trump entstand so ein idealer Nährboden, um das verhasste Washingtoner Establishment politisch völlig unerwartet aus den Angeln zu heben.

Die auf weiße Klerikale fixierte Anhängerschaft der Republikaner suchte nach einer Kristallisationsfigur, die es ihr auch erlaubte, sich fremdenfeindlich gegenüber Latinos und Muslimen zu gerieren und dem unterschwellig vorhandenen Rassismus gegenüber der farbigen Bevölkerung wieder Auftrieb zu verleihen.

Diese Klientel bediente und bedient Trump und bekommt große Zustimmung über die kognitive Unterschicht hinaus.

2. Der Führerkult

Die Vertreter der alten Elite, die Putin ins Schaufenster gestellt hatten, haben sein Machtbewusstsein unterschätzt. Boris Beresowski und Valentin Jumaschew, der Schwiegersohn Jelzins, holten ihn 1996 in den Kreml und machten ihn zum FSB-Chef. Ihr Kalkül, den Oberstleutnant der Reserve steuern zu können, schlug fehl. Er wurde von der Marionette zum Puppenspieler. Noch als Beresowski zu Beginn der Ära Putin in der Schweizer Botschaft in Moskau um ein Visum nachsuchte, gab er zu Protokoll, Putin sei „ein junger Mann, der noch Beratung braucht.“

Gegenüber einem hochrangigen EU-Politiker äußerte der Machtpolitiker Putin, Niccolo Machiavelli gründlich gelesen zu haben, den er auch gelegentlich zitiert. Zum Beispiel mit der Aussage: „Als das Versprechen gegeben wurde, war das in der Vergangenheit notwendig. Das Wort zu brechen, ist eine Notwendigkeit der Gegenwart.“

Geradezu skurril sind die Fernsehübertragungen von Kabinettsitzungen, in denen Putin seinen Ministern die Welt erklärt oder es sich erlaubte im September 2017 seinen Agrarminister abzukanzeln, als der zum deutschen Exporterfolg vorgetragen hatte.

Der russische Präsident inszeniert sich gern mit nacktem Oberkörper und verbringt unverhältnismäßig viel Zeit damit, sich physisch zu stählen, um ein Gegenbild zu dem in Russland verrufenen trägen Beamten abzugeben. 2010 unterzog er sich sogar einer kosmetischen Gesichtsoperation, um 2012 60jährig seine nächste Präsidentschaft äußerlich kaum verändert antreten zu können.

Erdogan lässt als „Sultan“ feiern und großflächig plakatieren. Er gilt seinen Anhängern als der Staatsmann, der Res, der die Türkei wieder zu Ruhm und Ehre führen wird. Begünstigt wurde sein Aufstieg dadurch, dass er als Bürgermeister von Istanbul erfolgreich war und als Staatschef für ein starkes wirtschaftliches Wachstum sorgte. Dennoch findet er in den aufgeklärten Großstadträumen wenig Resonanz. Seine hauptsächliche Klientel ist die konservative religiöse Landbevölkerung.

Trump ist weitgehend auf Eigenlob angewiesen. Er sei der beste Präsident, den die USA je hatten, twitterte er, der beste Twitterer ohnehin. Seine Anhängerschaft besteht zum überwiegenden Teil aus den oben dargestellten Globalisierungsgegnern mit einer Sahnehautbe von Raubtierkapitalisten.

„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat!“, schrieb einst Bertold Brecht. Solche Art von Pauperismus scheint zu grassieren.

Wer glaubt, dass sich überbordendes Selbstbewusstsein und Wehleidigkeit ausschließen, liegt bei allen drei Protagonisten falsch, am deutlichsten bei Trump.

Der größten Hexenjagd der amerikanischen Geschichte sei er ausgesetzt, twitterte er im Mai 2017, als das FBI und der vom stellvertretenden Justizminister eingesetzte Sonderermittler Robert Mueller begannen, seine Russland-Connection und die seines Stabes und Schwiegersohns zu untersuchen.

Am 21. April 1998 wurde Erdogan vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakır wegen Aufstachelung der Bevölkerung zu Hass und

Feindschaft zu zehn Monaten Gefängnis und einer „schweren Geldstrafe“ verurteilt. Im März 1999 trat Erdogan die Strafe an und wurde nach vier Monaten wieder aus der Haft entlassen. Ironischerweise wurde er von amnesty international als politischer Häftling geführt. Diese Verletzung durch den Kemalismus sitzt tief. Was Erdogans bekannte Eitelkeit verletzt haben dürfte, ist auch, dass sein angeblich 1981 erlangter akademischer Grad eine plumpe Fälschung war.

Zu den Befürchtungen des türkischen Staatschefs zählt auch das Angstmodell Ägypten: Nach der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mohamed Mursi durch das Militär im Juli 2013 kühlten die Beziehungen zwischen der Türkei und Ägypten zunächst stark ab. Erdogan nannte den Umsturz in Ägypten einen Staatsstreich und warf Israel vor, daran beteiligt gewesen zu sein.

Erdogan nahestehende Leitmedien und sein Führungszirkel füttern das, was man türkische Paranoia nennen muss. Bei dem kleinen Putsch 2008 verdächtigten sie z.B. eine gemeinsame Verschwörung von CIA, MOSSAD und BND hinter den Generalen. Dabei gab es nie gemeinsame Operationen des israelischen mit dem deutschen Geheimdienst.

Sein Chefberater Yigit Bulut sah 2013 hinter den Protesten auf dem Gezi-Platz die deutsche Lufthansa als Drahtzieher, um dem Luftkreuz Istanbul zu schaden. Er verstieg sich 2017 sogar zu der These, ausländische westliche Mächte wollten Erdogan durch Telekinese ermorden.

Putin versucht es öffentlich eher mit feiner Ironie, um seine Verwundungen zu überspielen. Er neigt jedoch auch zu Machtspielchen, wenn er unangekündigt in Kreml-Büros stürmt und selbst Staatsgäste wie Angela Merkel gern warten lässt.

3. Verwundungen

Putin war als Jugendlicher und Student von Minderwertigkeitskomplexen geprägt, als kleiner KGB-Offizier jahrzehntelang zum Opportunismus gezwungen. Über eine in der Dresdner KGB-Residentur angeworbene BND-Agentin, die auch Kummerkasten für Ludmilla Putina war, wissen wir, dass er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Bestätigung durch zahlreiche Sex-Affären im Elbflorenz suchte und zu häuslicher Gewalt gegenüber seiner Ehefrau neigte.

Nachdem Michail Gorbatschow Ende 1991 den KGB in seine Bestandteile zerlegt und Boris Jelzin 1993 400 KGB-Generale entlassen hatte, gab es Machtkämpfe zwischen den neuen Nachrichtendiensten, namentlich zwischen der FAPSI, der russischen NSA, und dem neuen Inlandsnachrichtendienst FSB, Putins Hausmacht. Geprägt dürften Putin auch gleich vier gescheiterte Attentate auf ihn haben, im Februar 2000 in St. Petersburg, beim GUS-Gipfel auf Jalta im September 2000, 2002 in Baku und zuletzt in London, wo Scotland Yard einen Ex-Major des KGB dingfest machen konnte. Die Attentatsversuche zeigen, mit wie harten Bandagen diese Machtkämpfe ausgetragen wurden. Putin war von je her misstrauisch, misstrauischer noch, als es bei einem Gegenspionagespezialisten ohnehin üblich ist. Die gescheiterten Anschläge haben seine Bedrohungsängste natürlich verstärkt. Er stilisiert sich nicht nur als einsamer Wolf, er ist es. Er wittert ständig Verschwörungen hinter seinem Rücken und reagiert mit der Absetzung langjähriger Weggefährten. Im August 2016 entließ er den langjährigen Geheimdienstler und Verteidigungsminister Sergej Iwanow, der als sein Nachfolger gehandelt wurde, als Leiter der Präsidentialverwaltung und besetzte mehrere ranghohe Positionen im Staatsapparat neu mit jüngeren Geheimdienstmitarbeitern.

Er umgibt sich mit Vertrauten, die er gegeneinander ausspielt, weil er keinem so ganz vertraut. Da gleicht er Josef Stalin. Die Begünstigung von Verwandten ist ebenfalls nicht nur ein Zeichen von Korruption, sondern entspringt seinem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis.

Schwer getroffen hat Putin auch Obamas Votum, Russland sei nurmehr eine Mittelmacht.

Seinen Niederschlag fand das in seinem Führungsstil mit einem unglaublichen Kontrollwahn.

Trump war von Obama bei einem Galadinner der Lächerlichkeit preisgegeben worden und das diesbezügliche Video wurde millionenfach angeklickt. Erst kürzlich hat der frühere republikanische Präsident George H. Bush (1989 – 1993) seinen amtierenden Nachfolger ein Großmaul genannt, der nur sein eigenes Ego füttere. George W. Bush, US-Präsident von 2001 bis 2009, bezeichnete ihn als Angeber, der die Partei zersetze und nicht weiß, was es heißt, Präsident zu sein. Sein Außenminister Rex Tillerson nannte ihn einen

Narren und republikanische Abgeordnete sprechen von einer Kindertagesstätte für Senioren im Weißen Haus. Psychologen im In- und Ausland attestieren ihm schwere Persönlichkeitsveränderungen - die Vorwürfe reichen von Paranoia bis Autismus. Augenscheinlich ficht all dies Trump nicht an und seine Anhänger sehen darin nur den Beweis, dass ihr Anführer das verhasste Establishment aufmischt.

Doch die Anhängerschaft schmilzt ab. Im November waren 59 Prozent der Amerikaner jedoch mit dem Präsidenten unzufrieden, 50 % gaben ihm sogar eine sehr schlechte Note, während nur 37 % seiner Amtsführung zustimmten. Unbeeindruckt füllte Trump kurz darauf die Formulare für seine Wiederwahl aus.

4. Nepotismus und Korruption

Im Korruptionsindex von Transparency International rangierten 2016 die USA auf Rang 18 (Deutschland 10), die Türkei auf Platz 75 und die Russische Föderation auf Platz 131 von 176 beurteilten Staaten.

In Russland beginnt Nepotismus schon im Kleinen. Als Ludmilla Putina 2001 den „Fonds zur Förderung der russischen Sprache“ aus der Taufe hob, bestellte sie ihre Schwester Olga Somajewa zur Geschäftsführerin.

Obwohl Putin offiziell nur ein Jahreseinkommen von 133.000 US-Dollar bezieht, schätzte ein Verbund aus der russischen Zeitung *Novaya Gazeta* und dem britischen „Organized Crime and Corruption Reporting Project“ im Oktober 2017 das Vermögen seines inneren Zirkels auf 24 Milliarden Dollar. Dem Bericht zufolge halten Vertraute, wie sein Verwandter Michail Schelomow mit einem Vermögen von 573 Millionen Dollar oder sein Jugendfreund Piotr Kolbin, ein früherer Metzger, treuhänderisch und nach außen hin Putins Vermögenswerte.

Schemolow, der Großneffe Putins väterlicherseits, ist Miteigentümer bei SOGAZ, seit Dezember 2007 stellvertretender Chef des Unternehmens, und Aktieninhaber der Bank Russlands. Igor Putin, ein Cousin des Präsidenten, kontrolliert im Aufsichtsrat von Avtovabank und bei dem Produzenten von Bohrtechnik Wolgaburmasch die Geschäfte.

Im Dezember 2013 geriet die von Erdogan gebildete Regierung in einen Korruptionsskandal. Türkische Ermittlungsbehörden verhafteten aufgrund dessen unter anderem die Söhne des Innenministers Muammer Güler, des Europaministers Egemen Bağış, des Wirtschaftsministers Zafer Çağlayan und des Umweltministers Erdoğan Bayraktar. In den folgenden Tagen traten alle vier von ihren Ämtern zurück. Eine große Anzahl von polizeilichen Ermittlern wurden auf Druck der Regierung Erdogan entlassen. Am 25. Februar 2014 wurde in den türkischen Medien ein Telefongespräch veröffentlicht, das zwischen Erdogan und seinem zweiten Sohn Necmeddin Bilal am 17. Dezember 2013 stattgefunden haben soll. Erdogan nennt es eine Fälschung. In diesem Telefonat wies Erdogan seinen Sohn an, Gelder so schnell wie möglich aus dem Haus zu schaffen. Nach Informationen westlicher Geheimdienste war es nicht nur der israelische Nachrichtendienst, sondern auch der türkische Militärnachrichtendienst, der die Protokolle der abgehörten Gespräche via WikiLeaks in die Medien spielte.

Erdogans Familie wurde vom stellvertretenden russischen Verteidigungsminister Anatoli Iwanowitsch Antonow Ende 2015 des Ölhandels mit dem „IS“ beschuldigt. Auch westliche Nachrichtendienste gingen 2016 davon aus, dass Erdogans Sohn Necmeddin Bilal in solche Geschäfte involviert war. „Man spekuliert in Handelskreisen, ob die Familie Erdogan mit einer Tankerflotte die Ära Onassis überholen möchte“, notierte 2016 ein Geheimdienstbericht. Sein Sohn Bilal unterhielt als Reeder eine größere in London und Metz registrierte Flotte, zog sich jedoch mit Beginn der Präsidentschaft seines Vaters aus den Gesellschaften zurück.

Durch die Paradise-Papers wurde deutlich, dass Erdogans Entourage über Banken auf Malta Verbindungen zu Offshore-Firmen unterhält. Die AKP verhinderte im November 2017 eine parlamentarische Untersuchung der Geschäfte in Malta, in die 75 türkische Politiker und Geschäftsleute, darunter Ministerpräsident Erkam Yıldırım, verwickelt sein sollen.

Trump vertraut nur den Mitgliedern seiner Familie, vor allen den fünf Kindern aus drei Ehen. Sein Favorit ist die Tochter Bianca mit einem eigenen Büro im Weißen Haus und der Zugangsberechtigung zu Verschlusssachen. Bianca Trump durfte auf Einladung von Angela Merkel in der Bundesrepublik bekunden, ihr Vater sei ein großer

Förderer von Frauen. Man muss es wohl als grenzenlose Schamlosigkeit der deutschen Bundeskanzlerin bezeichnen, dass sie der Tochter des Mannes eine solche Bühne bot, der sich im Wahlkampf schwerster sexueller Übergriffe gegen Frauen gerühmt hatte. Auch Tochter Ivanka bekam einen Posten. Eine Schlüsselrolle hat Trump auch seinem Schwiegersohn Jared Kushner zugewiesen.

Der Mann, der sich als Retter der amerikanischen Arbeiterklasse geriert, hat als erstes Kabinett eine Ministerrunde von Milliardären berufen. Das US-Magazin Forbes schätzte das Vermögen der Kabinettsmitglieder auf zusammen 4,3 Milliarden Dollar.

Als einziger US-Präsident weigert Trump sich, seine Steuererklärungen offenzulegen. Was dabei zutage treten würde, wären wohl fragwürdige Finanzgeschäfte in Steuerparadiesen, nach amerikanischem Recht nicht strafbar, aber mit dem Stigma einer asozialen Steuervermeidung belastet.

Hunderte von Staatsgästen des US-Präsidenten residieren in einem von Trumps Hotels – vom *Time Magazin* als das „Sumpf-Hotel“ apostrophiert – und spülen so Geld in die Familie Trump, die sich zurzeit deshalb drei Ermittlungsverfahren ausgesetzt sieht.

Trump's ehemaliger Wahlkampfmanager Paul Manafort und dessen Mitarbeiter Rick Gates wurden kürzlich angeklagt, Millioneneinkünfte aus einem Ukraine-Geschäft vor dem Fiskus verborgen und ihre Lobby-Arbeit für den früheren prorussischen Diktator Viktor Janukowitsch verschwiegen zu haben. Das ist nach US-Recht eine „Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten“ und mit langjährigen Haftstrafen bedroht.

Sein Handelsminister Wilbur Ross, der „König des Bankrotts“, der angeschlagene Firmen erwarb und sanierte, machte laut den Paradise Papers über Steueroasen Geschäfte mit der Firma Navigator Holding, die dem Schwiegersohn von Putin Kirill Schamalow und dem Kreml nahestehenden Geschäftsleuten als Dienstleister des Energieunternehmens Sibor gehört.

In den noch nicht vollständig ausgewerteten Paradise Papers mit 13,4 Millionen Dokumenten zu Briefkastenfirmen tauchen die Namen von Beratern, Spendern und Kabinettsmitgliedern Trumps auf.

5. Verhältnis zu militärischer Gewalt

Bei Putin muss man da nicht lange fragen. Er hat 2014 die völkerrechtswidrige Einverleibung der Krim mit Mitteln der hybriden und

konventionellen Kriegführung angeordnet, die zwar in Bezug auf den Einsatz russischen Militärs völkerrechtswidrig war, jedoch nicht den Tatbestand einer Annexion erfüllt. Er lässt die Separatisten in der Ostukraine militärisch unterstützen und eröffnete dort einen Nebenkriegsschauplatz, damit der Westen die Kröte der Einverleibung der Krim schluckt. Er hat überdies zugunsten des blutrünstigen Diktators Assad in den Syrien-Krieg eingegriffen, sich sogar nach den Terrorangriffen seiner Luftstreitkräfte auf Aleppo als Friedensfürst feiern lassen.

Putins Präsidentschaft begann bereits mit einem militärischen Konflikt, dem Tschetschenien-Krieg. Seine erste Reise als amtierender Präsident machte er noch in der Silvesternacht 1999 in die Kaukasus-Republik zu dort operierende Einheiten. Das russische Staatsfernsehen zeigte ihn beim symbolträchtigen Verteilen von Jagdmessern an Soldaten.

Seiner Machtsäule Armee hatte er von vornherein einen kostenaufwendigen Modernisierungsprozess aller Teilstreitkräfte und Waffensysteme versprochen und dieses Versprechen weitgehend eingehalten.

Zeitweise gab es die Hoffnung, dass Erdogan Frieden mit der kurdischen Minderheit schließen könnte, als sein Geheimdienstchef Verhandlungen mit Abdullah Öcalan im Gefängnis und mit PKK-Funktionären Anfang 2009 in Oslo führte. Doch dann kam es zum Abbruch des Friedensprozesses, weil die Kurdenpartei sich den Plänen zur Änderung der Verfassung widersetzte. In der Folge kam es zur Beschließung kurdischer Städte ab Ende 2015. 400.000 Menschen wurden durch den massiven Einsatz von Panzern, Artillerie und Kampfhubschraubern vertrieben, in 28 Städten gewählte Bürgermeister abgesetzt.

Dabei schloss Erdogan einen Pakt mit der rechtsextremen MHP, deren Vorsitzender Bahçeli gefordert hatte, alle kurdischen Städte dem Erdboden gleichzumachen. Bewaffneter Arm der MHP sind die SA-ähnlichen GRAUEN WÖLFE, die seit den 1970er Jahren für Hunderte politischer Morde verantwortlich sind. In seiner Jugend war Erdogan selbst Mitglied einer Jugendorganisation der Grauen Wölfe.

Dass die Türkei, unterstützt von Saudi-Arabien und Qatar, bis mindestens Mitte 2014 den „IS“ unterstützt hat - mit logistischer Hilfe, mit dem Durchschleusen von Dihadisten, mit Lazarettaufhalten

verwundeter „IS“-Kämpfer in der Türkei, mit der Abnahme von Erdöllieferungen aus dem IS-Kalifat -, das war in der Fachpresse bekannt und dem BND und damit auch der Bundesregierung natürlich auch. Selbst ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags spricht von einer Dihadisten-Autobahn, über die die Türkei tausende von Terroristen vielfach aus Libyen nach Syrien einschleuste.

Nach 2014 führten die türkischen Streitkräfte Operationen gegen den „IS“, der Schwerpunkt ihrer Kriegführung in Syrien lag allerdings in der Bekämpfung der syrischen Kurden.

Als Barzani nach einer Volksabstimmung im September 2017 die Absicht hegte, einen eigenen Kurdenstaat im Nordirak auszurufen, drohte Erdogan mit einem militärischen Eingreifen, d.h. mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf das Nachbarland - eine Drohung, die wirkte.

Trump verspricht Aufrüstung, hofiert als Oberbefehlshaber das Militär, drohte Nord-Korea mit Feuer und Wut sowie totaler Zerstörung, und muss dennoch zähneknirschend hinnehmen, dass es keine realistische militärische Option gegen Pjöngjang gibt.

Mit der Berufung von Ex-Marinegeneral John Kelly zum neuen Stabschef, der Nominierung von Herbert R. McMaster als Sicherheitsberater und seinem Verteidigungsminister James Mattis hat er sich mit drei hohen Militärs umgeben.

Angeblich hatte Trump sogar eine Verzehnfachung des Atomwaffenarsenals vorgeschlagen haben, was Außenminister Rex Tillerson zu der Bemerkung hingerissen habe, sein Chef sei ein verfluchter Schwachkopf.

6. Verhältnis zu den geheimen Nachrichtendiensten

Im Juni 1992 hatte Jelzin den Silovik, den russischen Sicherheitsrat, gegründet, den Putin auf 200 Leute ausbaute und zur eigentlichen Machtbasis machte. Etwa die Hälfte der Führungskader in der Russischen Föderation haben einen Geheimdiensthintergrund. Im Kreml stammen 70 % der Führungskader aus dem Silovik, in den Ministerien etwa 40 %, bei den regionalen Eliten immerhin noch 20 %.

Das Weltbild der Siloviki geht davon aus, dass der Westen Russland um seine Reichtümer beneidet, und, dass insbesondere die USA

Pläne zur Schwächung ihres Landes schmieden. Dagegen setzen sie den Anspruch, den alten Großmachtsanspruch wiederzugewinnen.

Der MIT (Milli Instihbarat Teskilati) ist der Auslandsnachrichtendienst der Türkei. Er beschäftigte bereits 1980 ca. 4.000 hauptamtliche Mitarbeiter im In- und Ausland. Bis 2015 verdoppelte sich der Personalbestand auf etwa 8.000 hauptamtliche Mitarbeiter, von denen etwa zehn Prozent für Europa zuständig sind. Erstmals veröffentlichte das *Handelsblatt* 2016 Angaben zum Budget des MIT. Von 2015 auf 2016 wurden die Mittel für den MIT um 47 Prozent auf 1,6 Milliarden Türkische Lira – etwa 500 Millionen Euro –, aufgestockt. Weitere 100 Millionen Lira werden für neues Personal sowie 200 Millionen für die Luftüberwachung durch Drohnen investiert. Nach dem Pseudo-Putsch hat Erdogan angekündigt, die Nachrichtendienste des Militärs und der Gendarmerie dem MIT zuzuschlagen und damit eine KGB-ähnliche totalitäre Sicherheitsarchitektur zu formen.

Bevor Erdogan die Regierungsgeschäfte übernahm, dienten im MIT 35 Prozent Militärs – insbesondere in den Spitzenpositionen –, aktuell sind es nurmehr vier Prozent. Erdogan hat den vormals militärisch dominierten Nachrichtendienst zu einem Instrument zur Kontrolle der Streitkräfte und zu einem Frühwarnsystem vor möglichen Putschversuchen umgebaut. Der MIT „infiltriert seit der Ministerpräsidentschaft Erdogan die Streitkräfte über ein weit verzweigtes Zuträgernetz“, konstatiert ein deutscher Geheimdienstbericht, der den MIT im Übrigen auch wegen der Straflosigkeit bei begangenen Verbrechen mit der Gestapo des Dritten Reichs vergleicht.

Der MIT war immer ein großer regionaler Player. Unter Hakan Fidan versucht er nun aber, in die Position eines Global Players zu gelangen. Das geht so weit, dass er sogar eine Schaukelpolitik betreibt zwischen der NATO und Russland. Es gibt inzwischen sehr enge nachrichtendienstliche Beziehungen des MIT zum russischen Auslandsnachrichtendienst, auch ganz persönliche Beziehungen von Hakan Fidan zu Wladimir Putin. Die Türkei will sich mit Hilfe dieser Schaukelpolitik als eigenständige Macht positionieren. Sigmar Gabriel warnte als Außenminister: „Europa hat kein Interesse die Türkei in die Arme Russlands zu treiben.“

Das Fidan als Staatssekretär Chef des MIT dort längst gelandet ist, zeigte sich im Herbst letzten Jahres. Beim Hangzhou-Summit Anfang September 2016 wandte sich Putin mit den Worten an Erdogan:

„Wenn Dein MIT-Chef da ist, brauchen wir nicht reden. Dann weißt Du alles.“

Trump beschimpfte im Wahlkampf die US-Nachrichtendienste als Teil des Establishments und versprach, deren traditionell großen Einfluss auf die Politik des Weißen Hauses zu begrenzen. Inzwischen scheint er sich im Stillen mit der CIA, der NSA und der Defense Intelligence Agency arrangiert zu haben, nicht jedoch mit dem für ihn und seinen Umfeld bedrohlichen Inlandsnachrichtendienst.

Er feuerte FBI-Chef James Comey am 9. Mai 2017, weil seiner Bitte nicht entsprach, die Ermittlungen wegen der Russland-Kontakte gegen seinen frisch gefeuerten Sicherheitsberater Michael Flynn einzustellen. „Er war verrückt, ein richtiger Spinner“, kommentierte Trump den Rauswurf.

Was ihm droht ist ein Amtsenthebungsverfahren, weniger wegen der Russland-Kontakte, mehr wie schon bei Richard Nixon wegen Behinderung der Justiz Die Einschläge kommen näher. Trumps früherer Wahlkampfmanager Paul Manafort wurde Ende Oktober 2017 bereits wegen der „Russlandsache“ angeklagt und sein früherer Mitarbeiter George Padadopoulos hat sich dem FBI als Kronzeuge zur Verfügung gestellt.

Trump traut rechtskonservativen Journalisten immer noch mehr als seinen Nachrichtendiensten. Sein Versuch, die Macht der Dienste einzuhegen, führte zu der Gegenreaktion, dass es zahlreiche Durchstechereien an die *Washington Post* und die *New York Times* gab.

7. Verhältnis zur Presse

Kaum im Amt, begann Putin im Jahr 2000 alle "ungehorsamen" Medienbesitzer zu entmachten; zuerst wurde der Sender *NTW* seinem Eigentümer entrissen, kurz danach Beresowski, der mediale Ziehvater Putins, vertrieben und dessen Sender *ORT* und die Zeitungen *Nesawissimaja Gaseta* und *Kommersant* dem Kreml gegenüber loyalen Besitzern übertragen. Damit waren die beiden größten privaten Fernsehsender unter der Kontrolle des Kremls. „Instrumente zur Bekämpfung des Staates“ hatte Putin die privat finanzierten Medien in seiner ersten Botschaft an das Parlament genannt: Diese „Mittel der Massendesinformation“ behinderten den Aufbau eines starken Staates und seien somit "Staatsfeinde". Reporter ohne Grenzen warf der russischen Regierung unter Putin bereits 2005

substantielle Einschränkungen der Pressefreiheit vor. Den Angaben der Organisation zufolge wird das russische Fernsehen durch regierungsnahe Gruppen kontrolliert und stark zensiert. Etliche unabhängige Zeitungen seien 2005 durch hohe Geldstrafen zur Aufgabe gezwungen worden

Der Ausbau der staatlichen Kontrolle über die Presse war im Dezember 2013 fortgesetzt worden. Auch im Jahr 2014 verloren die noch unabhängigen Medien unter staatlichem Druck Personal und Reichweite. Ab 2016 durfte die ausländische Beteiligung an einem relevanten Medienunternehmen noch maximal 20 Prozent betragen. Von der Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze im Juli 2016 ist auch die Meinungsfreiheit bedroht, weil gewaltlose extremistische Aktivitäten – und dazu zählt auch die Kritik an der Kirche und den Eliten – mit Gefängnis bestraft werden können.

Auf dem Press Freedom Index lag die Türkei in der Erhebung für 2010 auf dem 138. Platz von 176 untersuchten Ländern. Im Fortschrittsbericht 2012 der Europäischen Kommission wurde im Oktober 2012 kritisiert, dass es unter der Regierung Erdogans keine Fortschritte im Hinblick auf die Grundrechte gab, sondern im Gegenteil die Medienfreiheit eingeschränkt. Im Dezember 2014 führte die durch Erdogan veranlasste Verhaftungswelle von zahlreichen regierungskritischen Journalisten zu Protesten durch internationale Organisationen und Politiker anderer Länder. Die Reporter ohne Grenzen führen Erdogan auf ihrer 35 Namen bzw. Organisationen umfassenden Liste der „Feinde der Pressefreiheit 2016“: „Die Türkei gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Nach dem Putschversuch im Juli 2016 wurden weit über 100 Journalisten verhaftet, rund 150 Medien geschlossen (oder an Mitglieder des Erdogan-Clans verkauft) und mehr als 700 Presseausweise annulliert. Die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien arbeiten in ständiger Angst. Wiederholt wurde ausländischen Journalisten die Akkreditierung verweigert oder die Einreise verweigert. Daneben ersticken die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen vieler wichtiger Medienbesitzer eine kritische Berichterstattung im Keim.“ Mittlerweile sitzen mehr als 250 Journalisten im Gefängnis, darunter auch deutsche wie Deniz Yücel und Mesale Tolu.

Trump twittert lieber, statt sich der Hauptstadtpresse zu stellen, und kanzelt nicht nur einzelne Journalisten ab, sondern bedient sich des Kampfbegriffs der Lügenpresse. Sie werden es büßen, schleudert er Medienvertretern entgegen, die unliebsam berichtet haben.

Der „monströse Trottel“ – so der US-Schriftsteller Kurt Anderson – sei ein „Vertreter alternativer Fakten“. Sein erster Chefideologe Stephen Bannon musste gehen.

Im Oktober 2017 drohte er, die größten Fernsehsender schließen zu lassen, weil sie angeblich unfair berichtet hätten. Die 49 Plätze für die Pressekonferenzen im Weißen Haus wurden neu verteilt: Anstelle der renommierten Medien haben nun Verschwörungstheoretiker, rechte Provokateure und Propagandablätter Zugang.

Der britische Guardian resümierte im August 2017: „Trumps Geiztheit und sein narzisstisches Benehmen haben deutlich gemacht, dass ihn Kritik und die Haltung der Presse weit mehr aus der Fassung zu bringen vermögen als die Rassisten und Neonazis seines Landes.“

Schlußgedanken: Der Niedergang des Supranationalen

Der britische Brexit, schottische und katalanische Abspaltungsansprüche, Autonomiebestrebungen in der Lombardei und Venetien zeigen neben dem Euro- und Europaskeptizismus in den Staaten der Visegard-Gruppe, dass es starke chauvinistische Zentrifugalkräfte gibt, die kollektiven ökonomischen, politischen und militärischen Strukturen eine Absage erteilen. Was wir erleben ist der Rückzug von Kleingeistern auf das, was Kleingeister glauben, überschauen zu können.

In den USA forciert Trump zum einen Isolationismus und Protektionismus, um zugleich Hypermachtansprüche geltend zu machen. Dem unter Obama verhandelten Freihandelsabkommen mit der EU hatte er schon im Wahlkampf eine Absage erteilt. Unter Verweis auf ungleiche Handelsbilanzen setzt er gegenüber kleineren Staaten auf bilaterale Knebelverträge, drohte die Kündigung der Handelsverträge mit Kanada und Mexiko an, warf Deutschland und jüngst Japan eine Ausbeutung der USA vor und verkündete den Rückzug aus der asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft ASEAN. Gegenüber dem von Trumps Rhetorik stets unbeeindrucktem China vollzog er nach hefti-

gen Attacken und massiven Drohungen mit einem Handelskrieg gegen Peking in dieser Woche eine Kehrtwende. Dahinter steckt nicht die übliche Unberechenbarkeit seines politischen Kurses, sondern schlicht politische Schwäche.

Weltbürger sind rar geworden. Gibt es dennoch Hoffnung? Mehr als nur einen Schimmer: Putin tritt 2020 in den Ruhestand, eine Wiederwahl Trumps ist sehr unwahrscheinlich und Erdogan wird seine knappe Mehrheit nicht verteidigen können, wenn es mit der Wirtschaft in der Türkei weiter bergab geht. Die drei Potentaten und ihre Politik sind zu hypertroph, um von Dauer zu sein. Langsam wird in der Mitte der Bevölkerung die Einsicht reifen, dass der Rückzug auf nationale Inseln heißt, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Wenn das Pendel wieder in die Gegenrichtung ausschlägt, wird es zunächst knappe Mehrheiten für Kollektivität und Kooperation statt Konfrontation geben, steht zu hoffen. Was jedoch die drei so genannten Staatsmänner, die stets mehr sich selbst als den Staat im Auge hatten, auch nach ihrem Abgang hinterlassen, sind tief gesplattene Gesellschaften.